

Wahlprüfstein von: Bundesnetzwerk Fortbildung und Beratung in der Frühpädagogik e.V. Regionales Netzwerk Rheinland-Pfalz & Verband KiTa-Fachkräfte Rheinland-Pfalz

Antwort von: Die Linke RLP

Datum: 11.02.2026

1. Personalisierung

Welche konkreten Pläne hat Ihre Partei, um den Personalschlüssel zu verbessern und sich damit den fachlichen Empfehlungen anzunähern?

Die Linke verfolgt kein einzelnes Instrument, sondern ein zusammenhängendes Maßnahmenpaket, weil der Personalschlüssel nur besser wird, wenn Ausbildung, Finanzierung, Arbeitsbedingungen und Verbindlichkeit zusammen gedacht werden. Wir wollen den Personalschlüssel in Kitas verbindlich an fachliche Empfehlungen annähern. Dafür braucht es bundesweite Mindeststandards. Das bedeutet, eine Personalschlüssel von 1:3 im U3 Bereich und 1-7 im Ü3 Bereich. Damit das nicht nur ein Wunsch bleibt, setzen wir auf ein dauerhaftes Bundes-Kita-Qualitätsgesetz, eine starke Mitfinanzierung durch den Bund und eine vergütete Ausbildung, um mehr Fachkräfte zu gewinnen und im Beruf zu halten.

Wie stehen Sie zu der Regelung, Kleinkinder ab zwei Jahren schlechter zu personalisieren als Kinder unter zwei Jahren? Wird ihre Partei an dieser Regelung etwas ändern?

In Rheinland-Pfalz werden Kinder ab zwei Jahren beim Personalschlüssel schlechter gestellt als jüngere Kinder. Das halten wir für fachlich falsch. Zweijährige sind entwicklungspsychologisch weiterhin Kleinkinder und brauchen daher verlässliche Beziehungen, Sprachbegleitung und emotionale Sicherheit. Altersgrenzen dürfen nicht darüber entscheiden, wie viel Zuwendung ein Kind bekommt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, diese Regelung zu verändern und die Personalschlüssel in Rheinland-Pfalz schrittweise an den tatsächlichen Bedarf der Kinder anzupassen. Wir wollen daher die starre Trennung bei den unter Dreijährigen aufheben und perspektivisch bessere, einheitliche Schlüssel für alle U3-Kinder erreichen. Dafür braucht es mehr Landesmittel, eine stärkere Beteiligung des Bundes und einen klaren Stufenplan, damit Kitas und Träger das auch umsetzen können.

2. Fachkräftemangel

Wie wollen Sie in den kommenden Jahren genügend gut qualifizierte Fachkräfte für die Kitas gewinnen und sichern?

Um in Rheinland-Pfalz genügend gut qualifizierte Fachkräfte für Kitas zu gewinnen und zu sichern, braucht es drei Dinge gleichzeitig: 1) Bessere Arbeitsbedingungen und verlässliche Personalschlüssel, damit Fachkräfte im Beruf bleiben. 2) Eine kostenfreie und vergütete Ausbildung, damit sich mehr Menschen für diesen Beruf entscheiden können. Und 3) Klare Qualitätsstandard, denn Fachkräftemangel darf nicht durch Absenkung der Fachlichkeit gelöst werden. Die Linke steht für Ausbau von Qualität, nicht für ihre Verwässerung.

Zudem sind viele Fachkräfte auch schon da, sie verlassen aber den Beruf. Deshalb setzen wir zuerst auf bessere Bedingungen: Bessere Personalschlüssel, verbindliche Vor- und Nachbereitungszeiten und echte Entlastung im Alltag.

Wie ist ihre Einstellung gegenüber dem prozentualen Anteil von Nichtfachkräften in der Kindertagesbetreuung?

Wir sehen den zunehmenden Einsatz von Nicht-Fachkräften kritisch. Sie können Fachkräfte ergänzen, aber nicht ersetzen. Pädagogische Arbeit braucht Ausbildung, Fachwissen und Beziehungskompetenz. Wenn der Anteil von Nicht-Fachkräften steigt, sinkt langfristig die Qualität und der Druck auf die ausgebildeten Fachkräfte und Beschäftigten wächst weiter.

Wie ist ihre Einstellung gegenüber der geplanten Veränderung der Ausbildungsreform zum Sozialassistenten?

Die Linke steht Reformen offen gegenüber, wenn sie Qualität sichern oder verbessern. Was wir ablehnen, sind Reformen, die Ausbildung verkürzen, verschulen oder entwerten, nur um schneller Personal in die Kitas zu bekommen. Was wir brauchen, sind gut qualifizierte Fachkräfte und keine Schnelllösungen auf Kosten der Kinder sowie der Auszubildenden. Unser Ziel ist es, Fachkräfte zu stärken und nicht zu ersetzen.

3. Inklusion

Wie wird ihre Partei konkret die Kitas bei der Bewältigung dieser enormen Aufgabe unterstützen und begleiten, bzw. die benötigten personellen und räumlichen Ressourcen in den Einrichtungen zur Verfügung stellen?

Die Linke will, dass Kitas mit ausreichend Personal, barrierefreien Räumen, adäquater Ausstattung und Fachwissen ausgestattet werden, damit alle Kinder gleichberechtigt teilnehmen können, unabhängig von Herkunft, sozialem Status, Religion oder Behinderung. Inklusion ist nicht ein „zusätzliches Projekt“, sondern ein zentrales Qualitätsmerkmal einer Kita. Inklusion ist daher nicht Aufgabe einzelner Einrichtungen, sondern gesetzlich, finanziell und fachlich auf allen Ebenen abzusichern. Hierzu möchten wir 5 Punkte hervorheben:

1) Personelle Ressourcen Die Linke fordert bessere Personalschlüssel, die sich an fachlichen Empfehlungen orientieren und nicht am Budget der Kommune. Für U3-Kinder z. B. 1:3, für Ü3 1:7–8. Sie setzt auf ausreichend qualifiziertes Fachpersonal, inklusive zusätzlicher Inklusionsfachkräfte, Heilpädagog*innen oder Sprachfachkräfte, um Kinder mit besonderem Förderbedarf gezielt zu unterstützen. Ausbildung und Weiterbildung sollen gefördert werden, inkl. vergüteter praxisnaher Ausbildungsplätze für Erzieher*innen, Sozialassistent*innen und inklusive Zusatzqualifikationen.

2) Räumliche Ressourcen / Ausstattung: Die Linke unterstützt barrierefreie, kindgerechte Räumlichkeiten, die Bewegungsfreiheit, Rückzugsmöglichkeiten und Förderbereiche für Kinder mit und ohne Behinderung bieten. Finanzierung soll zweckgebunden erfolgen, damit Kitas genügend Mittel für Möbel, Spiel- und Fördermaterial, Medien und therapeutische Angebote haben. Der Ausbau von

Gruppenräumen, Multifunktionsräumen und Außengeländen wird als zentrale Voraussetzung für gelungene Inklusion gesehen.

3) Inklusion und Teilhabe: Die Linke will pädagogische Konzepte fördern, die Vielfalt wertschätzen, Mehrsprachigkeit unterstützen und inklusive Methoden in den Kita-Alltag integrieren. Individuelle Förderpläne und Fördergruppen werden unterstützt, ohne dass Kinder aus ihrem sozialen Kontext isoliert werden.

4) Finanzielle Unterstützung: Bund und Länder sollen laufend finanzielle Mittel bereitstellen, um Personal, Ausstattung und Räume zu sichern. Dies schließt Gebührenfreiheit für die Familien ein, damit die finanzielle Lage keine Barriere für Teilhabe darstellt.

5) Qualitätssicherung und Beratung: Die Linke fordert fachliche Begleitung der Einrichtungen durch Beratungs- und Unterstützungsstellen, z. B. Für Inklusionspädagogik. Es sollen regelmäßige Fortbildungen und Supervisionen für Fachkräfte angeboten werden, um Inklusion praktisch umzusetzen.

In welcher Weise engagieren Sie sich für das Thema inklusive Bildung und Teilhabe auf Bundes- Landes- und kommunaler Ebene?

1) Bundesebene: Die Linke setzt sich im Bundestag für bundesweit verbindliche Mindeststandards in Kitas ein, um inklusive Bildung von Anfang an zu sichern. Sie fordert ein Kita-Qualitätsgesetz, das inklusive Pädagogik, Fachkräfteanteil und Finanzierung verbindlich regelt. Bundesmittel sollen gezielt für inklusive Förderung, zusätzliche Fachkräfte und barrierefreie Ausstattung bereitgestellt werden. Hinsichtlich Ausbildung und Qualifizierung wollen wir eine bundesweite Förderung von Aus- und Weiterbildungen für Erzieher*innen mit inklusivem Schwerpunkt.

2) Landesebene: Die Linke in RLP unterstützt die Anpassung der Personalschlüssel, um Inklusion in den Kitas praxisnah umzusetzen. Förderung von barrierefreien Räumen, Fördermaterial und therapeutischen Angeboten für Kinder mit Behinderung. Unterstützung von Fortbildungs- und Beratungsangeboten für Fachkräfte, damit inklusive Pädagogik umgesetzt werden kann. Einsatz für Gleichbehandlung von Kindern unabhängig von Behinderung, Herkunft, Religion und sozialer Lage.

3) Kommunale Ebene: Hier ist es besonders wichtig, konkrete Projekte zu fördern, die Inklusion positiv erlebbar machen – für die Kinder, die Fachkräfte sowie Eltern. Hierzu gehören z.B. die Unterstützung von multiprofessionellen Teams, z. B. Sozialarbeit, Sprachförderkräfte, Heilpädagog*innen sowie die Beratung und Förderung bei lokaler Raumplanung, um genügend Gruppenräume, Rückzugsmöglichkeiten und barrierefreie Flächen bereitzustellen. Gerade auf kommunaler Ebene ist die Beteiligung an lokalen Netzwerken wichtig, um Kinder mit besonderem Förderbedarf gut in Kita-Alltag, Freizeitangebote und Nachmittagsbetreuung einzubinden.

Wie sorgen Sie dafür, dass der Übergang in den Bereich des SGB VIII in den Kommunen und bei den Trägern gut verläuft, bzw. wird es überhaupt ratifiziert?

Die Linke will, dass der Übergang vom Kita-Bereich (frühkindliche Bildung) in den SGB VIII-Bereich (Kinder- und Jugendhilfe) professionell begleitet, finanziell gesichert und gesetzlich verankert ist. Er soll reibungslos, kindgerecht und bedarfsgerecht erfolgen – damit kein Kind „zwischen den Systemen hängt“. Ziel ist, dass alle Kinder ihre Förderung und Teilhabe ohne Unterbrechung fortsetzen können, unabhängig von Kommune, Träger oder individueller Situation der Familie. Hierzu wollen wir drei Punkte hervorheben:

1) Bundes- und Landesebene: Die Linke setzt sich für klare gesetzliche Vorgaben und finanzielle Sicherung des Übergangsprozesses ein. Sie fordert, dass der Übergang bundesweit ratifiziert und verbindlich umgesetzt wird, nicht nur als Empfehlung für Kommunen und Träger.

2) Maßnahmen auf kommunaler und Trägerebene: Frühzeitige Vernetzung: Kitas, Träger und Jugendämter sollen regelmäßig zusammenarbeiten, um Übergänge individuell vorzubereiten. Individuelle Übergangsplanung: Für Kinder mit Förderbedarf oder besonderem Unterstützungsbedarf sollen nahtlose Übergangskonzepte erstellt werden. Schulungen und Beratung: Fachkräfte in Kitas und Jugendämtern sollen kompetent über SGB VIII Leistungen und Prozesse informiert sein, damit Eltern und Kinder gezielt unterstützt werden. Partizipation der Familien: Eltern werden aktiv in den Übergangsprozess einbezogen, um Bedarfe und Wünsche des Kindes zu berücksichtigen.

3) Qualitätssicherung: Kontinuierliche Evaluation und Monitoring der Übergänge, um Lücken früh zu erkennen und zu schließen. Bereitstellung von personellen und finanziellen Ressourcen, damit Träger den Übergang fachgerecht gestalten können.

4. Leitungsdeputate

Welche Lösungen streben Sie an, um das Niveau der Leitungsdeputate anzuheben? Wie wollen Sie langfristig ein angemessenes Niveau nach fachlichen Empfehlungen sichern?

Leitungsdeputate müssen ausreichend groß, fachlich fundiert und langfristig gesichert sein. Ziel ist, dass Leitungsaufgaben professionell, inklusionsorientiert und pädagogisch wirksam ausgefüllt werden können, ohne dass Leitungspersonal die direkte Arbeit mit Kindern vernachlässigen muss. Ziel ist, dass Leitungsaufgaben nicht zu stark auf administrative Arbeit reduziert werden, sondern fachliche Führung, Personalentwicklung und Inklusionsqualität umfassen. Hierbei wollen wir insbesondere auf zwei Punkte aufmerksam machen:

1) Maßnahmen zur Anhebung des Niveaus: Anpassung der Deputate nach fachlichen Empfehlungen: Die Linke orientiert sich an wissenschaftlich fundierten Richtlinien (z. B. Empfehlungen von Berufsverbänden, GEW, Deutsche Liga für das Kind), sodass Leitungspersonal ausreichend Zeit für pädagogische Steuerung und Teamführung hat. Zusätzliche Leitungsressourcen: Bei großen Einrichtungen sollen Leitungsdeputate proportional zum Gruppen- und Personalumfang erhöht werden. Fortbildung und Qualifizierung: Leitungspositionen werden durch gezielte

Fortbildungen in den Bereichen Personalführung, Inklusion, Qualitätsentwicklung und Konfliktmanagement unterstützt.

2) Langfristige Sicherung: Verbindliche Regelungen in den Landesrichtlinien:

Leistungsdeputate sollen gesetzlich oder in verbindlichen Erlassen verankert werden, damit sie nicht aus Kostengründen reduziert werden. Evaluation und Monitoring: Regelmäßige Überprüfung der Leistungsdeputate im Hinblick auf Personalbedarf, Gruppengröße, Inklusionsanforderungen. Finanzielle Absicherung: Die Linke fordert Bundes- und Landesmittel, damit Leitungsaufgaben angemessen ausgestattet und Leitungspositionen attraktiv bleiben.

Wie steht ihre Partei dazu, im Kita-Gesetz zusätzliche Deputate für Verwaltungskräfte zu verankern, die nicht gleichzeitig das vorhandene Leitungsdeputat reduzieren?

Die Linke unterstützt die Idee, Verwaltungsaufgaben in Kitas angemessen abzubilden, ohne dass dies auf Kosten der pädagogischen Leistungsdeputate geht. Verwaltungskräfte sollen administrative, organisatorische und buchhalterische Aufgaben übernehmen, damit Leitungen mehr Zeit für pädagogische Steuerung, Personalführung und Inklusion haben. Wichtig ist uns, dass Leistungsdeputate nicht geschmälert, sondern durch zusätzliche Ressourcen ergänzt werden. Hierbei wollen wir insbesondere zwei Punkte hervorheben:

1) Keine Kürzung des Leitungsdeputats: Das vorhandene Leitungsdeputat soll vollumfänglich erhalten bleiben, damit die Leitungsfunktion fachlich und pädagogisch wirksam bleibt. Zusätzliche Deputate gezielt ausweisen: Verwaltungspersonal soll separat budgetiert werden, sodass die Gesamtressourcen der Einrichtung nicht zulasten der Kinderbetreuung reduziert werden. Finanzielle Absicherung: Bund, Land und Kommunen müssen mittel- und langfristig Ressourcen bereitstellen, um diese zusätzlichen Deputate nachhaltig zu sichern.

2) Langfristige Perspektive: Die Linke will sicherstellen, dass Leitungspositionen und Verwaltungsaufgaben fachlich getrennt, aber gut verzahnt sind. Ziel ist ein effizienter Kita-Alltag, in dem Leitungen sich auf pädagogische Qualität, Inklusion und Fachkräfteentwicklung konzentrieren können, während Verwaltungskräfte zeitaufwendige Büro- und Verwaltungsarbeiten übernehmen.

Wie werden stellvertretende Leitungen unterstützt sich entsprechend ihrer Aufgaben zu qualifizieren und welche zeitlichen Ressourcen würden Sie stellvertretenden Leitungskräften zur Verfügung stellen?

Stellvertretende Leitungen müssen qualifiziert, begleitet und zeitlich ausgestattet werden, um ihre Aufgaben fachlich und organisatorisch zu erfüllen. Nur so kann pädagogische Qualität, Teamführung und Inklusion langfristig gesichert werden, auch wenn Leitungen abwesend sind oder zusätzliche Aufgaben übernommen werden müssen. Langfristig wollen wir, dass stellvertretende Leitungen systematisch in die Leitungsstruktur eingebunden werden, mit klaren Zuständigkeiten und verbindlich geregelten Deputaten. Ziel ist, dass sie professionell unterstützen, Führungskompetenzen entwickeln und die pädagogische Qualität

stabilisieren, insbesondere bei Abwesenheit der Leitungen. Hierbei wollen wir auf drei Punkte eingehen:

1) Qualifizierung: Stellvertretende Leitungen sollen gezielt auf ihre Aufgaben vorbereitet werden, insbesondere in den Bereichen: Teamführung und Personalentwicklung, Organisation und Verwaltungsaufgaben, Qualitätsentwicklung und Inklusionspädagogik, Konfliktmanagement und Elternarbeit. Die Linke unterstützt regelmäßige Fortbildungen, Mentoring-Programme und Supervision, damit stellvertretende Leitungen ihre Rolle professionell ausfüllen können. Ziel ist, Führungskompetenz parallel zur fachlichen Arbeit zu entwickeln, ohne dass die Kinderbetreuung darunter leidet.

2) Zeitliche Ressourcen: Stellvertretende Leitungen brauchen regelmäßig freigestellte Arbeitszeit für Leitungsaufgaben, ähnlich wie Leitungen selbst, aber angepasst an die Größe der Einrichtung und die Aufgabenlast.

3) Konkrete Maßnahmen: Teilweise Freistellung von der Gruppenarbeit für administrative und organisatorische Tätigkeiten; Zeit für Teamkoordination, Personalgespräche und Qualitätsentwicklung; Sicherstellung, dass vertretende Leitungen auch in Abwesenheit der Leitung handlungsfähig bleiben.

5. Verbindliche Verfügungszeiten für Kita-Fachkräfte

Werden Sie Verfügungszeiten nach fachlichen Empfehlungen zur Vor- und Nachbereitung der pädagogischen Fachkräfte gesetzlich verankern?

Ja! Denn: Verfügungszeiten sind kein Luxus, sondern pädagogische Notwendigkeit! Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, Teamarbeit und Supervision, Elterngespräche und Qualitätsentwicklung usw. können nicht zusätzlich zu den Gruppenzeiten erledigt werden. Die Linke hält daher Verfügungszeiten für unerlässlich, um die pädagogische Arbeit qualitativ hochwertig zu gestalten. Daher wollen wir Verfügungszeiten gesetzlich absichern oder in verbindlichen Landesrichtlinien festschreiben sowie ausreichend dimensioniert und zwar verbindlich für alle. Hierbei wollen wir noch auf folgenden Punkt hinweisen:

Fachlicher Hintergrund: Empfehlungen zufolge sollte eine Fachkraft ca. 20–25 % ihrer Arbeitszeit für Verfügungszeiten nutzen können, abhängig von Gruppengröße und Förderbedarf der Kinder. Unser Ziel ist es, einheitliche Standards zu schaffen, die sich an fachlichen Empfehlungen orientieren (z.B. GEW, Berufsverbände, Deutsche Liga für das Kind). Verfügungszeiten sollen nicht auf Kosten der Gruppenleitung reduziert werden, sondern zusätzlich zu den regulären Betreuungszeiten gewährt werden.

Werden Sie Verfügungszeiten für sprachliche Bildung und die Anleitung von Quereinsteigenden gesetzlich verankern?

Ja! Denn auch Verfügungszeiten für sprachliche Bildung und Anleitung sind kein „Extra“, sondern Qualitätsvoraussetzung. Die Linke will, dass diese Zeiten in Kita- und Landesgesetzen festgeschrieben, ausreichend bemessen und verbindlich für alle Kitas gelten. Diese Verfügungszeiten sollen über die allgemeinen Vor- und

Nachbereitungszeiten hinaus gewährt werden. Damit wird sichergestellt, dass alle Kinder sprachlich gefördert werden können und Quereinsteigende professionell unterstützt werden, ohne dass die Fachkräfte überlastet werden. Wir betrachten sprachliche Bildung als zentralen Bestandteil frühkindlicher Bildung, insbesondere mit Blick auf Kinder mit Migrationsbiografie und Mehrsprachigkeit.

Wie würden Sie Fortbildungszeiten besser verankern?

Die Linke setzt sich dafür ein, dass Fortbildungszeiten explizit in den Kita-Gesetzen oder Landesrichtlinien festgeschrieben werden. Fortbildungszeiten müssen verbindlich im Arbeitszeitmodell der Fachkräfte berücksichtigt werden – sie sollen Teil der regulären Arbeitszeit sein und nicht auf Kosten der Freizeit der Fachkräfte stattfinden. Ziel für uns ist, eine bundesweit verbindliche Regelung, die gleiche Standards für alle Einrichtungen schafft. Denn Fortbildungen sind zentrale Voraussetzung für Qualität, Inklusion und pädagogische Weiterentwicklung. Daher ist es auch wichtig, dass Bund und Länder finanzielle Mittel bereitstellen, damit Fortbildungen fachlich hochwertig und regelmäßig stattfinden, ohne die Einrichtungen finanziell zu belasten. Hierbei wollen wir zwei Punkte hervorheben:

1) Integration in Deputate: Fortbildungszeiten sollen Teil der Deputate bzw. Arbeitszeitregelung werden. Für Leitungen, stellvertretende Leitungen und Fachkräfte mit besonderer Verantwortung wird ein anteiliger Deputatsanteil für Fortbildungen vorgesehen.

2) Flexible Planung und Betreuung: Kitas sollen vertretungsfähig bleiben, auch wenn Fachkräfte Fortbildungen besuchen. Die Linke unterstützt Teamlösungen, Ersatzkräfte oder freie Kapazitäten, um Ausfallzeiten abzufedern.

6. Räumliche Situation in den Kitas

Mit welchen konkreten Maßnahmen wird ihre Partei Kommunen und Kita-Träger in den kommenden Jahren unterstützen, um Kitas für die ganztägige Betreuung gut auszustatten und entwicklungsförderliche räumliche Bedingungen zu etablieren?

Die Linke betrachtet räumliche Bedingungen als zentrale Voraussetzung für pädagogische Qualität, Inklusion und ganztägige Betreuung. Kitas sollen genügend Platz, kindgerechte Räume, Rückzugsmöglichkeiten, Bewegungsflächen und Außenbereiche haben, um individuelle Förderung und Entwicklung zu ermöglichen. Im Vordergrund stehen für uns nachhaltige Investitionspläne, damit Kitas dauerhaft angemessen ausgestattet bleiben. Ziel ist eine einheitliche Qualität unabhängig von Wohnort oder Finanzkraft der Kommune. Hierbei wollen wir auf drei Aspekte aufmerksam machen:

1) Finanzielle Förderung: Zweckgebundene Mittel: Bund und Länder sollen zweckgebundene Mittel bereitstellen, um Neubau, Sanierung und Ausstattung von Kitas zu finanzieren. Eine solche Förderung umfasst barrierefreie Räume, Spiel- und Lernmaterialien, Möblierung, Medienausstattung und therapeutische Räume.

2) Planungs- und Beratungsangebote: Fachliche Begleitung: Kommunen und Träger sollen bei Bauprojekten, Umbaumaßnahmen oder Raumoptimierungen fachlich

begleitet werden. Beratung: Beratung zu entwicklungsförderlichen Raumkonzepten, Inklusion und Bewegungsflächen soll bereitgestellt werden.

3) Ganztägige Betreuungsstrukturen: Räume sollen so geplant werden, dass Ganztagsbetreuung mit differenzierten Lern-, Ruhe- und Bewegungsbereichen möglich ist. Träger erhalten Unterstützung bei der Optimierung von Gruppenräumen, Funktionsbereichen und Mehrzweckräumen.

Wie wird die Fachpraxis als zukünftig Nutzende in die Planung von Kitas mit einbezogen?

Fachkräfte sind Expert*innen für ihre Praxis und ihre Beteiligung ist entscheidend. Die Linke setzt auf frühzeitige, kontinuierliche und strukturierte Einbindung, damit Räume pädagogisch sinnvoll, inklusionsgerecht und nutzerfreundlich gestaltet werden. Hierbei wollen wir drei Punkte hervorheben:

1) Frühzeitige Beteiligung: Kita-Leitungen, Fachkräfte und stellvertretende Leitungen werden bereits in der Planungsphase von Neubauten oder Sanierungen eingebunden. Sie geben Input zu Raumaufteilung, Gruppengrößen, Funktionsbereichen, Bewegungsflächen und Rückzugsbereichen.

2) Planungsworkshops und Beteiligungsgremien: Die Linke unterstützt die Einrichtung von regelmäßigen Workshops, Arbeitsgruppen oder Beiräten, in denen Fachkräfte gemeinsam mit Architekt*innen, Trägern und Kommunen planen. Ziel ist, dass die Räume praktikabel, pädagogisch sinnvoll und inklusionsgerecht gestaltet werden.

3) Feedbackschleifen während und nach der Umsetzung: Fachkräfte geben laufendes Feedback, um Anpassungen während Bau- oder Umbauprozessen zu ermöglichen. Nach Fertigstellung wird evaluiert, ob die Räume den pädagogischen Anforderungen und Bedarfen der Kinder entsprechen.

7. Aus- Fort- und Weiterbildungen /Fachberatung /Trägerqualität

Grundprinzip

Wie würden Sie das Feld der Fachberatung stärken und standardisieren?

Fachberatung ist entscheidend für pädagogische Qualität, Inklusion, Sprachförderung und Personalentwicklung in Kitas. Sie unterstützt Fachkräfte, Leitungen und Teams bei allen fachlichen Fragen und bei der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben. Die Linke will Fachberatung stärken, verbindlich machen und standardisieren, um Fachkräfte und Leitungen in allen Kitas systematisch und praxisnah zu unterstützen. Fachberatung ist kein Luxus, sondern ein zentraler Hebel für Qualität, Chancengleichheit und inklusive Pädagogik, Qualifikation von Trägern und Sicherstellung des Kindeswohls. Unser Ziel ist, dass alle Einrichtungen Zugang zu qualifizierter Beratung haben, unabhängig von Größe, Träger oder Standort. So werden pädagogische Qualität, Inklusion und Personalentwicklung nachhaltig gesichert. Hierbei wollen wir auf drei Aspekte aufmerksam machen:

1) Bundes- und landesweite Mindeststandards: Die Linke setzt sich für verbindliche Qualitätsstandards für Fachberatung ein, die bundesweit oder

landesweit gelten. Standards umfassen Qualifikation der Fachberater*innen, Aufgabenbereiche, Betreuungsschlüssel und Beratungsfrequenz.

2) Ausbau der Fachberatungskapazitäten: Mehr Fachberater*innen werden benötigt, um alle Einrichtungen regelmäßig zu begleiten. Beratungszeiten sollen ausreichend sein, um Teamberatung, Inklusionskonzepte und Qualitätsentwicklung zu unterstützen. Wir wollen regelmäßige Fortbildungen sichern, so dass Fachberater*innen aktuell in pädagogischer Forschung, inklusiver Praxis, Sprachförderung und Leitungsfragen geschult sind.

3) Standardisierung der Fachberatung: Einheitliche Rahmenpläne: für Beratungsgespräche, Dokumentation und Zielvereinbarungen. Qualität und Transparenz: Entwicklung von Leitfäden, Checklisten und Tools, die die Qualität der Beratung vergleichbar machen und Transparenz für Träger und Kommunen schaffen.

Die Trägerschaft von Tageseinrichtungen für Kinder ist eine komplexe und verantwortungsvolle Aufgabe. Kernpunkt der Trägerverantwortung ist die Sicherstellung des Kindeswohls in der Einrichtung. Aktuell ist für die Übernahme dieser betriebserlaubnisrelevanten Aufgabe keine Qualifizierung notwendig. Wie wollen Sie diese Situation verändern?

Die Linke sieht es kritisch, dass aktuell jede Person oder Institution eine Trägerschaft übernehmen kann, ohne formale Qualifikation, Ausbildung oder Nachweis pädagogischer Eignung. Kinderwohl, pädagogische Qualität und Personalführung hängen stark von der Fähigkeit der Träger ab, die Einrichtung professionell zu führen. Die Linke will die Trägerschaft von Kitas professionalisiert und qualifiziert gestalten. Hierbei sind uns folgende vier Punkte wichtig:

1) Verbindliche Rahmenbedingungen in Gesetzen oder Erlassen: Wir wollen, dass RLP gesetzliche Grundlagen schafft, die die Qualifikation und Verantwortung von Trägern verbindlich regelt. Unser Ziel: Trägerschaft wird professionell, nachvollziehbar und für Kinder und Familien transparent.

2) Einführung verbindlicher Qualifikationen für Träger: Es braucht hierzu Mindestanforderungen in den Bereichen Pädagogik, Kinderrechte, Inklusion, Personalführung und Verwaltung. Ebenso Ausbildung, Fortbildungen oder Zertifikate.

3) Verpflichtende Fort- und Weiterbildung: Träger müssen regelmäßig an Fortbildungen zu Qualitätsentwicklung, Aufsichtspflichten und rechtlichen Vorgaben teilnehmen. Dies gilt insbesondere für neue Träger oder Übernahmen bestehender Einrichtungen.

4) Kontinuierliche Beratung und Begleitung: Fachberatung unterstützt Träger bei Qualitätssicherung, Personalführung und Einhaltung gesetzlicher Standards. Die Träger erhalten regelmäßige Audits und Feedbackschleifen, um pädagogische Standards und Kindeswohl dauerhaft zu sichern.

Was sind Ihre Vorstellung zur landesweiten, verbindlichen Sicherstellung pädagogischer Qualität in Rheinland-Pfälzischen Kindertageseinrichtungen?

Pädagogische Qualität ist zentral für Kindeswohl, Entwicklung und Inklusion. Die Linke fordert, dass Qualität in allen Kitas verbindlich, nachvollziehbar und überprüfbar sichergestellt wird und dies unabhängig von Träger, Kommune oder Standort. Wichtige Ziele sind für uns dabei: Vergleichbarkeit der Qualität zwischen Einrichtungen, Sicherstellung, dass gesetzliche Mindeststandards und fachliche Empfehlungen eingehalten werden sowie Empfehlungen für Ressourcen, Personal oder Fortbildungen. Wir setzen dabei vor allem auf eine Kombination aus interner Selbstreflexion und externer, unabhängiger Evaluation, gesetzlich verankerten Qualitätsstandards und kontinuierlicher Fortbildung. Zwei Punkte wollen wir hierbei hervorheben:

1) Verbindliche Qualitätsstandards: Klare Kriterien: Für pädagogische Qualität (z. B. Leitungsstruktur, Fachkraftquote, Verfügungszeiten, Inklusionsmaßnahmen), Dokumentation und Transparenz: Sodass Eltern, Träger und Aufsichtsbehörden Qualität nachvollziehen können, Regelmäßige Fortbildung: Aller Fachkräfte, um Standards zu halten und weiterzuentwickeln

2) Interne und externe Evaluation: Interne Evaluation: Jede Kita soll ein qualitätsgesichertes internes Evaluationssystem haben, das regelmäßig überprüft: Umsetzung pädagogischer Konzepte; Förderung der Kinder, inklusive Teilhabe; Teamarbeit, Fachkraftentwicklung und Leitungsqualität; Methoden können Selbstreflexion des Teams, pädagogische Tagebücher, Beobachtungsbögen und regelmäßige Teamsitzungen umfassen; Fachberatung und interne Audits unterstützen, Schwachstellen früh zu erkennen und gezielt Verbesserungen umzusetzen; Externe Evaluation: Zusätzlich soll eine unabhängige externe Evaluation stattfinden, z. B. durch Fachberater*innen, kommunale Qualitätsbeauftragte oder Landesstellen.

Wie können aus ihrer Sicht eine größere Transparenz und eine haushälterische Sicherstellung eine gezieltere Verwendung beim Fortbildungsbudget in den Einrichtungen geschaffen werden?

Fortbildungsbudgets sind essentiell für pädagogische Qualität, Inklusion und Fachkräftesicherung. Sie müssen klar zugeordnet, nachvollziehbar und zweckgebunden eingesetzt werden, damit sie die pädagogische Arbeit effektiv unterstützen.

Hinsichtlich einer **größeren Transparenz** wollen wir:

1) Verbindliche Budgetrichtlinien: Eine Festlegung, wofür Mittel genutzt werden dürfen (z. B. Fortbildungen zu Inklusion, Sprachförderung, Leitungsaufgaben) sowie eine nachvollziehbare Dokumentation der Mittelverwendung innerhalb der Einrichtung

2) Regelmäßige Berichte: Kitas erstellen halbjährliche oder jährliche Auswertungen, wie Fortbildungsbudgets genutzt wurden. Berichte werden an Träger, Kommunen und ggf. Landesstellen übermittelt.

3) Einbindung der Fachkräfte: Fachkräfte beteiligen sich aktiv an der Planung des Fortbildungsbudgets, um sicherzustellen, dass Mittel praxisnah und bedarfsorientiert eingesetzt werden.

Hinsichtlich einer **haushalterischen Sicherstellung** wollen wir:

1) Verbindliche Zuweisung von Mitteln: Bund, Land oder Kommune stellen sicher, dass jede Einrichtung ein festes, planbares Budget erhält.

2) Zweckbindung: Mittel dürfen ausschließlich für Fortbildungen und damit verbundene Kosten (z. B. Reisekosten, Material) verwendet werden.

3) Langfristige Finanzierung: Mittel werden jährlich angepasst, um Inflation, wachsenden Fortbildungsbedarf und steigende Fachkraftzahlen zu berücksichtigen.

4) Kontrolle und Qualitätssicherung: Fachberater*innen oder Qualitätsbeauftragte prüfen die Zweckbindung und Wirksamkeit der Fortbildungen.

8. Sozialraumbudget

Wie positioniert sich ihre Partei zu dieser Problematik?

Sozialraumbudgets sollen soziale Infrastruktur, präventive Angebote und Kinder- und Jugendhilfe in Quartieren stärken. Teilweise werden diese Mittel für Betriebserlaubnisrelevantes (BE-)Personal in Kitas verwendet. Das führt dazu, dass weniger Mittel für Sozialarbeit, Präventionsangebote und quartiersbezogene Projekte zur Verfügung stehen. Die Linke will, dass Sozialraumbudgets nicht durch Pflichtpersonal aufgezehrt werden. (BE-)Personal muss aus regulären Mitteln finanziert werden, um Sozialarbeit, Präventionsangebote und quartiersbezogene Projekte nicht zu gefährden. Wir wollen keine Verschiebung von Pflichtaufgaben auf freiwillige oder projektgebundene Mittel, um die soziale Infrastruktur nicht zu schwächen. Drei Punkte wollen wir hierbei hervorheben:

1) Trennung der Budgets: BE-relevantes Personal muss vollständig aus den regulären Kita- oder Trägermitteln finanziert werden, nicht aus Sozialraumbudgets. Sozialraumbudgets sollen exklusiv für soziale Angebote, Quartiersarbeit, Prävention und zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen verwendet werden. Dafür braucht es klare Vorgaben für Träger und Kommunen.

2) Transparenz und Controlling: Regelmäßige Berichte und Prüfungen, wie Mittel verwendet werden. Sicherstellung, dass Mittel zielgerichtet für Sozialarbeit, Prävention und Quartiersprojekte eingesetzt werden.

3) Langfristige Finanzierung der BE-Personalkosten: BE-Personal wird dauerhaft aus Kita-Mitteln oder Landesförderung finanziert. Sozialraumbudget bleibt rein für zusätzliche sozialräumliche Maßnahmen.

Wie finden unterschiedliche Voraussetzungen der Kitas Beachtung bei der BE-Planung?

Kitas unterscheiden sich stark in Größe, Trägerform, Standort, Sozialstruktur, Inklusionsbedarf und Förderbedarf der Kinder. Die Linke betont, dass Betriebserlaubnisplanung diese Unterschiede berücksichtigen muss, damit pädagogische Qualität und Kindeswohl überall gewährleistet sind. Vier Punkte wollen wir hierbei hervorheben:

1) Flexible Deputate und Personalplanung: Personalschlüssel und Leitungsdeputate sollen an die konkrete Situation der Kita angepasst werden (z. B. Gruppengröße, Anteil von U3-Kindern, Inklusionsbedarf); stellvertretende Leitungen, Verwaltungspersonal und Fachkräfte für spezielle Förderbedarfe werden bedarfsgerecht berücksichtigt.

2) Räumliche Gegebenheiten: BE-Planung muss räumliche Voraussetzungen einbeziehen: Gruppengröße, Bewegungsflächen, Ruhebereiche, Außengelände, Barrierefreiheit.

3) Träger- und Standortunterschiede: Unterschiede zwischen städtischen, ländlichen, kirchlichen oder freien Trägern werden berücksichtigt. Sozialstruktur, Mehrsprachigkeit und Förderbedarf der Kinder fließen in die Personal- und Raumplanung ein.

4) Fachberatung und Evaluation: Fachberater*innen unterstützen die BE-Planung, um die individuellen Voraussetzungen der Kitas zu erkennen und angepasste Empfehlungen zu geben.